

Wahl-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wahl-Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Abonnementspreis kostet 2.00 Reichsmark. Auslandspostgebühren ohne Rücksicht auf 1.40 Reichsmark, auch bei 2.10 Reichsmark u. 20 Pfennige Zuluftgebühr. Einmalige Preisänderungen: 20 Pfennige monatlich. Die Preislisten werden nach Anfordern sofort zugesandt. Die Preislisten sind in jeder Nummer zu finden.

Die Preislisten, die im gleichen Überlauf in der „Wahl-Zeitung“ erscheinen, betreffen die Abrechnung. Derzeitige Preislisten sind in der „Wahl-Zeitung“ zu finden. Die Preislisten sind in jeder Nummer zu finden. Die Preislisten sind in jeder Nummer zu finden.

Neues in Kürze.

Drahtmelddungen und Radiotelegramme.



Der neue schwedische Gesandte in Berlin. Der bisherige Gesandte Schwedens in Buitreit in Wien wurde zum schwedischen Gesandten in Berlin ernannt.

Der Reichspräsident hat dem König und der Königin von England anlässlich des Todes der Königinmutter seine Teilnahme auszusprechen lassen. Der König dankte mit einem Telegramm. — Auf die vorgeschlagenen Freistellungen bei Unterzeichnung der Locarno-Verträge soll verzichtet werden.

Mehrere japanische Parlamentarier, die sich auf der Rückreise vom interparlamentarischen Kongress befinden, darunter der Präsident des japanischen Parlaments mit seiner Gemahlin, waren am Sonnabend Güte des Reichspräsidenten Tabe im Reichstage, der ihnen die Einridigungen im Reichstage zeigte.

Der Barmatenausschuss des Reichstages beschloß, die Untersuchungen bis zur Erhebung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft auszuwählen. Das Aktenmaterial beim Oberstaatsanwalt, das auf nicht weniger als über 500 Aktenbände angewachsen.

Der Frontkammerangehörige Heinz Schmidt, der am 13. September bei einem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Reichsbesatzung, der Reichswehrmann Wolfer durch einen Revolverstich getötet hatte, ist vom Schwurgericht Hofstad von der Anklage des Totschlags freigesprochen und wegen verbotenen Waffentragens zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Der Reichsausschuss des Preuss. Landtages nahm am Sonnabend eine Entschließung an, in der die Staatsregierung ersucht wird, durch Durchführung bei den Landesbesatzungen anzuerkennen, daß in erster Linie ältere Richter mit der Vorbereitung von Aufwärtungsarbeiten betraut werden.

Ein Antrag an den Reichstag weist darauf hin, daß die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 80 auf 100 Mark monatlich nicht ausreicht, da sie die Notlage der verheirateten und kinderreichen Familien nicht beseitigt. Es wird daher beantragt, die Abzüge für die Ehefrau und das erste Kind von 10 auf 20 und das zweite Kind von 20 auf 30 Mark zu erhöhen. Ferner wird eine Herabsetzung des Einkommensteuergesetzes dahingehend gefordert, daß außer den sonstigen Sonderleistungen auch noch Versicherungsgeldern für den Widigen bis zu 600 Mark und für Frau und Kinder bis zu je 100 Mark zu dem steuerfreien Einkommen gezählt werden können.

Eine kleine Anfrage im Preuss. Landtage führt aus, daß nach der neuesten Zusammenstellung der statistischen Abteilung des deutschen Reichstages seit Ende 1919 bei 472 Zusammenfassungen mit Witw- und Solbitten 63 Fortbeweiser getötet und 69 mehr oder weniger schwer verletzt worden seien. Es wird um Auskunft gebeten, was das Staatsministerium für einen erhöhten Schutz der Fortbeweiser veranlassen wolle, und insbesondere, ob es bereit sei, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das jetzt noch gültige, aus dem Jahre 1837 stammende Waffengebrauchsgesetz der Fortbeweiser beigemäß regelt.

Seit Sonnabend zeigt sich in Großberlin ein neues Anzeichen der Preissteigerung. Die Steigerung ist eine so große, (bis 30 Pf. pro Pfund), daß das Reichsministerium für Ernährung in Erörterungen über die neue Preissteigerung eingetreten ist. Es wird von Maßnahmen zunächst abgesehen, um die weitere Preissteigerung abzumildern.

Die Würfel des Schicksals rollen!

Sturz des Kabinetts Painleve.

Paris, 22. November. Nachdem im Verlauf der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer der Artikel 5 der Regierungsvorlage zur Finanzhaushalt, die die Abschaffung der kurzfristigen Schatzbons im Verlaufe von 25 Jahren vorseht, mit 278 gegen 275 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden war, hat die Regierung Painleve demissioniert.

Paris, 22. Novbr. Nachdem das Ministerium bereits heute vormittag während der Finanzdebatte in der Kammer bei einer Abstimmung über einen Zusatzartikel zur Finanzhaushaltengesetzes eine Mehrheit von nur 28 Stimmen erzielt, ist es heute nachmittag bei der Abstimmung über den Artikel 5 selbst in die Minderheit gekehrt worden. 26 Kommunisten, die vormittags bei der Abstimmung über den Zusatzartikel sich der Stimmabgabe enthalten hatten, stimmten heute nachmittags gegen den Artikel 5. Darauf ist das Ministerium Painleve zurückgetreten.

Niemand kann voraussehen, was nun in Frankreich eintritt. Doch die Kommunisten es werden, die Parteien führen, vermehrt die Gefahr einer Revolution, auf die die französischen Zeitungen seit Wochen hinweisen.

Großer Sieg Abd el Krim.

Die „Londoner Morningpost“ meldet aus Tanger: Bei Tetuan gelang es den Rifstämmen die spanische Front in einer Breite von 40 Kilometer einzubrechen. Tetuan liegt in der General-Linie. Tetuan ist von den Spaniern geräumt. Der „Berliner Tempus“ bestätigt, daß die Umklammerung von Tetuan durch die Riftruppen immer enger werde. Tetuan sei bereits von 6 Gefechten befreit worden, die auf den umliegenden Anhöhen ausgeföhrt seien.

Schwere Locarno-Bedenken im Reichsrat.

Der Reichsrat beschloß heute am Sonnabend mit der Regierungsvorlage, die die Ermächtigung zur Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund enthält.

Der Wortlaut des Gesetzentwurfes.

- Artikel 1. Den Verträgen, die dem am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Schutzprotokoll beigefügt sind, und am 1. Dezember in London unterzeichnet worden sind, nämlich:
 1. dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien;
 2. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien;
 3. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich;
 4. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen;
 5. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei

wird zugestimmt. Das Schutzprotokoll und seine Anlagen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund erforderlichen Schritte zu tun.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

Der Reichsrat stimmte in der Gesamtsitzung mit 46 gegen 4 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Gegen das Gesetz stimmten Dreyhagen, Gommern, Niederhöflein und Wiedenbrug-Schwerin, während sich Hellen-Klaus, Bawern und Wittensberg der Stimme enthalten. Der Vertreter Preussens, Generalmajor Boden, gab namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß Braunschweig dem Gesetzentwurf zwar zustimmen, zugleich aber zum Ausdruck bringen werde, daß es die von der Entente bezügl. der sogenannten Rüstungsbewehrung der Reichswehrigen Maßnahmen für nicht ausreißend hält und weitere Maßnahmen erachtet. Eine dem Sinne nach ähnliche Erklärung gab auch der Vertreter Thüringens zu Protokoll, während Wiedenbrug-Schwerin kurz erklären ließ, daß es der Vorlage nicht zustimmen könne. Bawern stimmte für Locarno gegen den Eintritt in den Völkerverbund und hielt sich bei der Schlussabstimmung der Stimme.

— Ohne besonders schwarz sehen zu wollen, müssen wir darauf hinweisen, daß schon diese erste Abstimmung über Locarno die in unserem letzten Heft veröffentlichte Gefahr für die Reichsregierung deutlich am Horizont auftauchen läßt. Wir

Wie die Londoner „Daily Mail“ aus Madrid meldet, hat das Königspaar die geplante Auslandsreise aufgegeben. Der Korrespondent des Blattes behauptet, daß am Donnerstag in Madrid Streitigkeiten zwischen Subtilitäten und Militärhelferungen haben, wobei es 3 Tote und eine Anzahl Verletzte gegeben hat.

Der „Tempus“ meldet, daß 3. Jt. 110 000 Mann französische Truppen in Marokko leben. Der Sonderberichterstatter der Londoner „Daily Mail“ berichtet die französischen Verluste für Marokko auf 75 Millionen Goldmark im Monat, und bezeichnet die Aussichten auf einen Sieg als so zweifelhaft, daß die Finanzlage Frankreichs einen Bericht ratlos mache.

Siege der Syrier.

Der Sonderberichterstatter des „Chicago Tribune“ in Beirut teilt mit: „Das christliche Freiwilfigenarmee am Libanon ist vollständig geschlagen. Der Südbilanen befindet sich vollkommen in der Gewalt der Drusen. Die Franzosen werden alle verfügbaren Truppen von Beirut nach dem Süden, haben aber nicht genügend Kanoniere, Flugzeuge und Tanks, die allein den berittenen Feinden genügen sind.“

Die Niederlage des christlichen Freiwilfigenheeres hat die ganze mohammedanische Bevölkerung in Erregung gebracht und dem Wutstand der Drusen die Gefahr einer Erhebung der Wahaabimadanner gegeben. Die französischen schweren Truppen haben in zahlreichen Gefechten die aus Christen und Mohammedanern zusammengesetzte Gendarmerie hat sich als ein vollständiger Misgriff erwiesen. Die Gendarmerie ergriff nur zahlenmäßig schwächeren Feinden die Flucht. Das Freitage Frankreichs ist für völlig vernichtet.“

Rücktritt des Justizministers als Protest gegen Locarno.

Amittag wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Reichsminister Dr. Brenten in Genehmigung seines Entlassungsgesuches von seinen Ämtern als Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete entbunden. Sein Entlassungsgesuch beginnt mit den Worten: „Da ich dem Endergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht zustimmen konnte“, und betont ferner, dass er sich zu der Locarno-Entscheidung, der Gesamtamstreich. Diese Stellungnahme eines sich von Parteigängern betrieblen Jentrumsangehörigen ist eine außerordentlich bedeutungsvolle Unterstützung des Standpunktes der Deutschnationalen.

Schiele gegen Locarno.

Wie die Pressestelle der deutschnationalen Reichsregierung mitteilt, hat der bisherige Reichsminister Schiele gleichzeitig mit seinem Urlaubsgesuch den Vorbehalt der Ratifikation zu der Erklärung ermächtigt, daß er dem Vertrag von Locarno ablehnend gegenüberstehe und im Falle seiner Annahme der Gesamtamstreich. Diese Stellungnahme eines sich von Parteigängern betrieblen Jentrumsangehörigen ist eine außerordentlich bedeutungsvolle Unterstützung des Standpunktes der Deutschnationalen.

Die englischen Dominions lehnen Locarno ab.

Die Londoner „Times“ veröffentlichten die Entscheidung der Regierung der Dominions auf den von Chamberlain unterbreiteten Fall von Locarno. Von allen englischen Dominions wird abgelehnt, eine Garantie oder Mitwirkung für den Fall zu übernehmen.

Rationalisierung, Modernisierung und Ähnliches.

Von einem bedeutenden Wirtschaftsführer Mitteldeutschlands gehen uns die nachfolgenden interessanten Ausführungen zu, die wir ohne Stellungnahme wiedergeben. D. Schriftl.

Man kann fast täglich in den Zeitungen und Zeitungen über diesen oder ähnlichen Kernwörter Abhandlungen finden, die sich mit der Frage der Rationalisierung, der Betriebe beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß die Frage, ob die vorzunehmende bzw. die geplante „Rationalisierung“ wirklich eine solche ist, bisher nicht in hinreichendem Maße als geklärt angesehen werden kann.

Was ist denn eigentlich unter diesen Worten zu verstehen?

Man wird darunter eine wirtschaftlichere Betriebsführung als vorher verstehen müssen, mit dem Einverständnis, das Ergebnis zu einem niedrigeren Preise als vorher herzustellen und dabei zu tun, was man für notwendig hält, um die Kosten zu senken, was man eine Ware oder einen Gegenstand durch irgendwelche Maßnahmen billiger erzeugen kann. Ob diese Erzeugung aber auch dann noch wirtschaftlich ist, wenn die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Maßnahmen, die Kapitalien für sich binden, die Erzeugung, für Arbeit u. a. m. bedingfügig werden, ist eine Frage, die eng und untrennbar mit der erprobten Verbilligung zusammenhängt.

Wenn jemand eine Verbesserung vornehmen will, so müssen alle diese Faktoren geprüft werden. Die Rationalisierung ist eine Frage, die vorzunehmende Umänderung wirklich eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit bringt. Die erste Überlegung ist daher, zu unteruchen, ob das für die Verbilligung, die Beschäftigung und die Amortisation der zum Kauf der Maschinen, zur Erhaltung derselben und für die Umänderung des Betriebes usw. aufzuwendende Kapital nicht etwaige Vorteile, die angestrebt werden, aufhebt, oder besten Endes sogar übertrifft, d. h., ob die Steigerung des Nutzeffektes der gesamten Anlagen tatsächlich erzielt wird, oder ob sie nur zu einer Erhöhung, die nicht durch die Umstellung der Betriebe Störungen in diesen und Produktionsausfall entstehen, deren Nachteile ebenfalls bei Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Umänderung in Rechnung gestellt werden müssen.

In einer Zeit, wo man mit großem Kapitalmangel und demnach mit hohen Zinsen und hoher Amortisation zu rechnen hat, ist die Frage der billigeren Ausgestaltung der Betriebe ganz besonders schwierig zu beantworten und man wird hier häufig darin tun, was man viele Jahre bei objektiver Prüfung aller in Frage kommenden Momente als unmöglichlich bezeichnen muß.

Ganz besondere Verhältnisse bestehen in dieser Beziehung in der Kautindustrie. In der Branche sind diese Zustände des öfteren schon beobachtet worden. Gerade in der Kautindustrie sind diese Worte „Rationalisierung“ gern angewandt, es ist hier zu einem Schlingenreden gekommen, dessen wahrer Sinn sich bis jetzt nicht erfüllt hat, und m. E. nach sich auch nach den bisherigen Vorgängen in dem in dem Umfange erfüllen wird, wie man es nach den großen Verheerungen erwarten könnte.

Von dem Gedanken ausgehend, daß ein voll arbeitender Betrieb wirtschaftlicher arbeiten muß, als ein nicht voll umgebender Betrieb, haben früher einzelne Werte, die billige Geheißungen folgten, Entstellungen am Abhas des Selbstbildes gefordert und hierin zum Teil hohe Preise angelegt. Bei Fortbestehen solcher Entstellungen würde mit Zeit erreicht werden sein, daß die Quoten verlaufenen Werte, da sie ja in den allermeisten Fällen durch den Verkauf mehr verdieneten, als bei eigener Herstellung, mit ihren Betrieben über kurz oder lang zum Stillstand gekommen wären. Es würden nur diejenigen Werte in Betrieb bestehen sein, die „er gute Produktionsverhältnisse“ verfügten. Diese kleinen Betriebe noch durchzuführen und konnten in diesen Betrieben nicht mehr arbeiten, als andere Werte, die mögen über hohen Selbstkosten Entstellungen am Abhas nicht erwerben konnten. Durch eine solche Entwidnung würden innerhalb kurzer Zeit auf natürlichem Wege gesunde Verhältnisse in der Kautindustrie eingetreten sein. Auf die lebensfähigen Werte würden nach und nach die Entstellungen am Abhas übergegangen und die anderen Werte nach kurzer Zeit verpuffen sein. Es würde so eine Konzentration und mit dieser eine wirkliche Rationalisierung der Betriebe eingetreten sein, ohne große Kapitalien zum Zeilzulegen. Den Beteiligten an solchen zum Stillstand gekommenen Werken war ihr eigenes Geschick in die Hand gegeben; niemand konnte aus solcher Entwidnung ein Wortwort gemacht werden, was sie doch in den natürlichen Zuständen der Werte begründet.

Anstatt dieser natürlichen Entwidnung ihren Lauf zu lassen, die mit ungenügenden Aufwendungen an Kapital verbunden war, weil die vorhandenen Anlagen zur Herstellung des Kautindustrie ausreichten, ging man in anderer Weise vor. Man kaufte nicht mehr Entstellungen am Abhas, sondern man kaufte Entstellungen an Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaften und legte diese, selbst wenn sie wesentlich besser fundiert waren, als die taufenden Gesellschaften, still. In den meisten Fällen war nicht mehr die Qualität

